

Heimfall Kraftwerk Klingnau und: Wie viel Sparen macht Sinn?

Die Grossratssitzung von dieser Woche war die bisher anstrengendste! Nach einem langen Weg über 43 Aufgabenbereiche erreichte die Debatte am späten Abend ihr Ziel. Für das nächste Jahr 2018 hat der Kanton ein Budget. Leider verpasste die Versammlung dann aber die Annahme der Planjahre 2019 bis 2021.

Zum Aufgaben- und Finanzplan bestanden sechs Hauptanträge der Regierung. Der letzte und sechste Antrag war der wichtigste. Nach ihm sollte ein Ertragsüberschuss in die Budget-Ausgleichsreserve für die nächsten Jahre eingelegt werden. Diese Überschüsse stammen hauptsächlich aus dem sogenannten Heimfall der Konzession für das Kraftwerk Klingnau, auf welchen der Kanton verzichtet und dem Konsortium Axpo/AEW gegen eine finanzielle Entschädigung wieder überträgt. Das ist ziemlich viel Geld, nämlich 145 Millionen, die in der aktuellen Phase tiefer Steuereinnahmen an allen Enden und Ecken gebraucht werden könnten. Diese Ausschüttung für die Konzession wurde im Votum von Gabriel Lüthi, Wohlen, gar als das Wunder von Klingnau bezeichnet. 28 Millionen Überschuss können nun letztlich in ein «Kässeli Ausgleichsreserve» weggelegt werden, um sie zur Finanzierung der in den nächsten drei Jahren erwarteten Finanzierungslücken verwenden zu können.

Eine diskutierte Finanzierungsmassnahme wollte die gesetzlich festgehaltene Rückzahlung der «Spezialfinanzierung Sonderlasten», der sogenannten «Abtragung bisheriger Fehlbeträge», sistieren. Seit 12 Jahren und noch für weitere 28 Jahre werden jährlich 3,8 Prozent sogenannte alter Schulden amortisiert. Der Amortisationsbetrag nimmt jedes Jahr leicht ab, zurzeit sind es 9 Millionen. An dieser Massnahme hat der Grosse Rat nun aber nicht gerüttelt.

Der Regierungsrat präsentierte bereits im Mai seine Gesamtsicht der Haus-

haltsanierung. Sparmassnahmen in der Höhe von 25 Mio. Franken standen in der Kompetenz des Regierungsrats, in der Kompetenz des Grossen Rats lagen Kürzungen von 45 Mio. Nach der Beratung vom 21. November blieben für die letzte Sitzung nur noch maximal 29 Mio. an möglichen Kürzungen übrig. Der Grosse Rat hat also längst nicht alle Kürzungen angenommen.

Bei realistischer Betrachtung der gesamten Haushaltsanierung ist ab dem Jahre 2019 oder 2020 mit einer Steuererhöhung zu rechnen. Eine erhöhte Ausschüttung der Nationalbank von gut 50 Millionen, eventuell über 100 Millionen, könnte eine Steuererhöhung noch weiter hinausschieben.

Als bürgerlicher Politiker wollte und konnte ich nicht allen Kürzungen Folge leisten. Schon an einer früheren Sitzung kämpfte ich als Votant der CVP-Fraktion und als Mitglied der Fachkommission Volkswirtschaft und Abgaben vergeblich gegen eine Kürzung im Aufgabenbereich «Hightech Aargau». Anders hingegen hatte mein Votum zu einer Nichtkürzung bei der «Standortförderung Aargau» und bei «Tourismus Aargau» gegriffen. Dafür bin ich der Ratsmehrheit sehr dankbar.

Die Steigerung der Effizienz beim Service public ist eine zwingende Aufgabe und wir müssen verantwortungsvoll auf die Ausgaben achten. Dennoch dürfen wir unsere Qualitäten in der Bildung, in der Kultur und bei der Förderung von gutem Lebensraum sowie einer prosperierenden Arbeits- und Wohnregion nicht durch destruktive Kürzungen gefährden. Wir müssen die Debatte zu den Planjahren 2019 bis 2021 trotz Ablehnung gleichwohl und bald wieder aufnehmen. Als Ultima Ratio, damit wir nicht um des Sparens willen sparen, muss auch über eine Steuererhöhung diskutiert werden dürfen.

**Andreas Meier, Klingnau,
CVP-Grossrat**